

## Vorlage Stadtparlament

Datum 2. September 2025  
Beschluss Nr. 809  
Aktenplan 152.15.13 Stadtparlament: Einfache Anfrage

### Einfache Anfrage Christoph Kobel: «Wie schützt der Stadtrat die Quartieranliegen?»; Beantwortung

Am 6. Juni 2025 reichte Christoph Kobel die beiliegende Einfache Anfrage betreffend «Wie schützt der Stadtrat die Quartieranliegen?» ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

#### 1 Ausgangslage

Im Gegensatz zu allen übrigen politischen Gemeinden im Kanton St.Gallen ist die Stadt St.Gallen gemäss der kantonalen Einführungsverordnung zum eidgenössischen Strassenverkehrsgesetz (EVzSVG)<sup>1</sup> auf ihrem Gemeindegebiet für den Erlass sämtlicher Verkehrsanordnungen (mit Ausnahme der Nationalstrasse A1 sowie deren Ein- und Ausfahrten) sowie die Anordnung der betreffenden Signale und Markierungen zuständig.

Am 4. Juni 2025 hat der Kantonsrat die Motion Nr. 42.25.02 «Anpassung der Zuständigkeiten für Verkehrsanordnungen und Signalisationen»<sup>2</sup>, mit der die Sonderregelung in der Stadt St.Gallen in Frage gestellt wird, sowie die Motion Nr. 42.25.05 «Keine künstlichen Leistungsreduktionen auf Kantonsstrassen», welche die Priorisierung des Verkehrsflusses auf Kantonsstrassen verlangt, angenommen. Die Regierung wurde dementsprechend beauftragt, die in rechtlicher Hinsicht erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit die Zuständigkeit für Verkehrsanordnungen und Signalisationen künftig im gesamten Kanton St.Gallen bei den kantonalen Behörden liegt. Im Weiteren soll dem Kantonsrat Botenschaft und Entwurf zur Änderung des Strassengesetzes<sup>3</sup> vorgelegt werden, die eine klare Priorisierung der Kantonsstrassen im Zusammenhang mit Pfortner-Anlagen vorsehen.

---

<sup>1</sup> sGS 711.1.; vgl. Art. 19 Abs. 2 und 25.

<sup>2</sup> Siehe auch: <https://www.ratsinfo.sg.ch/gremium/468/geschaefte/6361>.

<sup>3</sup> sGS 732.1.

## 2 Beantwortung der Fragen

1. *Was würden die neuen gesetzlichen Vorgaben konkret für laufende oder geplante Prozesse zur Einführung von Begegnungszonen in den städtischen Quartieren bedeuten?*

Mit den neuen gesetzlichen Vorgaben wird die Zuständigkeit für den Erlass von Verkehrsanordnungen in der Stadt St.Gallen künftig beim Kanton liegen. Für die Einführung einer Begegnungszone in den städtischen Quartieren wird dannzumal der Stadtrat beim Kanton Antrag auf deren Erlass stellen müssen. Sollte der Kanton einen Antrag der Stadt zur Einführung einer Begegnungszone ablehnen, hätte die Stadt die Möglichkeit, im Rahmen eines rechtlichen Verfahrens dagegen vorzugehen. Die Planung der Umsetzung des Tieftempokonzeptes auf untergeordneten Strassen und damit die Einführung von Begegnungszonen auf Quartierstrassen wird weiterhin im Rahmen der städtischen Verkehrsplanung weiterverfolgt.

2. *Wie will der Stadtrat künftig sicherstellen, dass verkehrspolizeiliche Anliegen aus den Wohnquartieren (z.B. mittels Bevölkerungsvorstössen) – etwa Tempo-30-Zonen oder andere Massnahmen zur Verkehrsberuhigung – weiterhin mit der nötigen Priorität behandelt und umgesetzt werden können?*

Verkehrspolizeiliche Anliegen aus den Wohnquartieren können auch künftig mittels Bevölkerungsvorstoss bei der Stadtkanzlei oder schriftlicher Anträge beim Stadtrat eingereicht werden. Der Stadtrat wird die verkehrspolizeilichen Anliegen weiterhin mit der nötigen Priorität behandeln und die notwendigen Anträge beim Kanton stellen. Verzögerungen bei der Umsetzung von Verkehrsmassnahmen sind jedoch möglich, da deren Realisierung von den erforderlichen Entscheiden des Kantons abhängt.

3. *Welche konkreten (finanziellen) Auswirkungen auf die Stadt St.Gallen erwartet der Stadtrat im Hinblick auf die Erreichung der gesetzlich verpflichtenden Lärmschutzziele (Grundlage: Umweltschutzgesetz und Lärmschutzverordnung), sollte die Umsetzung der Motionen wie geplant erfolgen?*

Führt das Verkehrsaufkommen einer bestehenden Strasse zu Grenzwert-Überschreitungen gemäss dem Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG), ist die Strasse durch den Strasseneigentümer gemäss der Lärmschutzverordnung (LSV) lärmtechnisch zu sanieren. Die Gesetzgebung legt die Reihenfolge der Sanierungsmassnahmen fest. In erster Priorität sind Massnahmen an der Quelle (u.a. Senkung der Geschwindigkeit) zu prüfen. Anschliessend werden Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg (insbesondere lärmarme Beläge, Lärmschutzwände) geprüft und zum Schluss werden Ersatzmassnahmen (z.B. Schallschutzfenster) in Betracht gezogen.

Die gesetzlich verpflichtenden Lärmschutzziele werden keine Veränderung erfahren. Die Grundlage bleibt daher weiterhin dieselbe. Sollten Tempo-Reduktionen nicht möglich oder nicht ausreichend sein, braucht es Massnahmen wie lärmarme Beläge oder Lärmschutzwände, was in der Folge mit Mehrkosten verbunden ist.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:  
Andy Markwalder

Beilage:

- Einfache Anfrage vom 6. Juni 2025